



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ

Mario Draghi, Präsident der EZB,
Vítor Constâncio, Vizepräsident der EZB,
Frankfurt am Main, 20. Oktober 2016

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage unserer regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse haben wir beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu lassen. Wir gehen weiterhin davon aus, dass sie für längere Zeit und weit über den Zeithorizont unseres Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Was die **geldpolitischen Sondermaßnahmen** betrifft, so bestätigen wir, dass die monatlichen Ankäufe von Vermögenswerten im Umfang von 80 Mrd € bis Ende März 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus und in jedem Fall so lange erfolgen sollen, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Inflationsziel im Einklang steht.

Die seit unserer Sitzung von Anfang September verfügbar gewordenen Informationen bestätigen unsere bisherige Erwartung, dass sich die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets weiterhin moderat, aber stetig erholt und die Inflation allmählich steigt. Trotz der nachteiligen Auswirkungen der weltweiten wirtschaftlichen und politischen Unsicherheit zeigt sich die Wirtschaft des Euroraums weiterhin robust. Unsere umfassenden geldpolitischen Maßnahmen tragen hierzu bei, indem sie sehr günstige Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte sicherstellen. Insgesamt bleibt das Basisszenario jedoch mit Abwärtsrisiken behaftet.

Mit Blick auf die Zukunft sind wir weiterhin entschlossen, den sehr erheblichen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten, der erforderlich ist, um eine nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht sicherzustellen. Zu diesem Zweck werden wir auch in Zukunft erforderlichenfalls alle im Rahmen unseres Mandats verfügbaren Instrumente nutzen. Im Dezember wird die Einschätzung des EZB-Rats von den neuen, von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen profitieren, die den Zeitraum bis 2019 abdecken, und von der Arbeit der Ausschüsse des Eurosystems mit

Blick auf die Optionen zur Gewährleistung einer reibungslosen Umsetzung unseres Ankaufprogramms bis März 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale BIP des Eurogebiets nahm im zweiten Jahresviertel 2016 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal zu, verglichen mit 0,5 % im ersten Quartal. Die neuesten Daten und Umfrageergebnisse deuten auf ein anhaltendes Wachstum im dritten Jahresviertel 2016 hin, das in etwa so hoch ausfallen dürfte wie im zweiten Quartal. Was die weitere Entwicklung anbelangt, so gehen wir davon aus, dass sich der Konjunkturaufschwung in gemäßigttem, aber stetigem Tempo fortsetzt. Die Binnennachfrage dürfte durch die Transmission unserer geldpolitischen Maßnahmen auf die Realwirtschaft unterstützt werden. Günstige Finanzierungsbedingungen sowie eine Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen befördern weiterhin eine Erholung der Investitionstätigkeit. Darüber hinaus werden das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und die privaten Konsumausgaben durch die nach wie vor relativ niedrigen Ölpreise und den anhaltenden Beschäftigungszuwachs, der unter anderem auch von vergangenen Strukturreformen profitiert, zusätzlich gestützt. Überdies wird der finanzpolitische Kurs im Euroraum im Jahr 2017 weitgehend neutral ausfallen. Allerdings wird die konjunkturelle Erholung im Eurogebiet den Erwartungen zufolge durch die nach wie vor verhaltene Auslandsnachfrage, die erforderlichen Bilanzanpassungen in einer Reihe von Sektoren sowie die schleppende Umsetzung von Strukturreformen gebremst. In Bezug auf die Wachstumsaussichten des Euroraums überwiegen weiterhin die Abwärtsrisiken, die sich hauptsächlich aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld ergeben.

Eurostat zufolge belief sich die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate für das Euro-Währungsgebiet im September 2016 auf 0,4 % nach 0,2 % im Vormonat. Zurückzuführen war dies vor allem auf einen anhaltenden Anstieg der jährlichen Inflationsrate der Energiepreise, während es bislang keine überzeugenden Anzeichen für einen Aufwärtstrend der Kerninflation gibt. Auf Grundlage der aktuellen Terminpreise für Öl dürften die Teuerungsraten in den nächsten Monaten anziehen, was größtenteils auf Basiseffekte im Zusammenhang mit der Jahresänderungsrate der Energiepreise zurückzuführen ist. Getragen von unseren geldpolitischen Maßnahmen und der erwarteten Konjunkturerholung dürften die Inflationsraten in den Jahren 2017 und 2018 weiter steigen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so verzeichnete die weit gefasste Geldmenge (M3) im August 2016 weiterhin ein robustes Wachstum; ihre Jahreswachstumsrate lag bei 5,1 % gegenüber 4,9 % im Juli. Wie bereits in den Vormonaten wurde der jährliche Zuwachs von M3 hauptsächlich durch die liquidesten Komponenten der weit gefassten Geldmenge gestützt; so belief sich die Jahreswachstumsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 im August auf 8,9 % nach 8,4 % im Juli.

Die Kreditdynamik setzte ihre seit Jahresbeginn 2014 verzeichnete allmähliche Erholung fort. Die Jahresänderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften belief sich im August 2016 auf 1,9 %. Die jährliche Zuwachsrate der Buchkredite an private Haushalte blieb im August mit 1,8 % ebenfalls stabil. In der Entwicklung der Bankkredite kommen nach wie vor deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck, doch die seit Juni 2014 ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen wirken sich deutlich positiv auf die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte und somit auf die Kreditströme im gesamten Euroraum aus.

Die Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet für das dritte Quartal 2016 deutet auf eine gewisse weitere Verbesserung der Angebots- und Nachfragebedingungen für Kredite an den nichtfinanziellen privaten Sektor hin. Darüber hinaus gaben die Banken erneut an, dass das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten und der negative Einlagenzinssatz der EZB einen Beitrag zu günstigeren Kreditkonditionen geleistet hätten.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse die Notwendigkeit bestätigte, das beträchtliche Maß an geldpolitischer Unterstützung beizubehalten, das erforderlich ist, um eine möglichst baldige Rückkehr der Inflationsraten auf ein Niveau von unter, aber nahe 2 % sicherzustellen.

Die Geldpolitik konzentriert sich auf die Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht. Ihr akkommodierender Kurs stützt die Konjunktur. Der EZB-Rat hat mehrfach darauf hingewiesen und auch in der politischen Diskussion auf europäischer und internationaler Ebene ist erneut deutlich zum Ausdruck gekommen: Andere Politikbereiche müssen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene wesentlich entschlossener dazu beitragen, dass unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können. Die Umsetzung von **Strukturreformen** muss deutlich intensiviert werden, um die strukturelle Arbeitslosigkeit zu verringern und das Wachstum des Produktionspotenzials im Euroraum zu steigern. Strukturreformen sind in allen Ländern des Euroraums notwendig. Der Schwerpunkt sollte auf Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und Verbesserung des Geschäftsumfelds liegen, einschließlich der Bereitstellung einer adäquaten öffentlichen Infrastruktur. Diese Maßnahmen sind für die Förderung von Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze unabdingbar. Die Stärkung aktueller Investitionsinitiativen, einschließlich der Verlängerung des Juncker-Plans, Fortschritte im Zusammenhang mit der Kapitalmarktunion und Reformen für eine bessere Abwicklung notleidender Kredite werden mit Blick auf dieses Ziel ebenfalls einen positiven Beitrag leisten. Vor dem Hintergrund einer akkommodierenden geldpolitischen Ausrichtung wird die rasche und effektive Umsetzung von Strukturreformen nicht nur zu einem kräftigeren nachhaltigen

Wirtschaftswachstum im Euroraum führen, sondern auch die Widerstandsfähigkeit des Eurogebiets gegenüber globalen Schocks steigern. Die **Finanzpolitik** sollte die wirtschaftliche Erholung ebenfalls stützen, ohne dass dabei gegen Fiskalregeln der EU verstoßen wird. Eine im Zeitverlauf und länderübergreifend vollständige und einheitliche Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts bleibt unerlässlich, um das Vertrauen in den finanzpolitischen Rahmen zu sichern. Gleichzeitig sollten alle Länder eine wachstumsfreundlichere Ausgestaltung ihrer finanzpolitischen Maßnahmen anstreben.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation, Abteilung Internationale Medienarbeit

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.